

Home > Russland > Scharfe Kritik an EU-Sanktionen: Neues Strafrecht ohne Richter?

B+

UMKEHR DER UNSCHULDSVERMUTUNG

Scharfe Kritik an EU-Sanktionen: Neues Strafrecht ohne Richter?

Der Bundestag verschärft die Regeln für EU-Sanktionen. Aus Ordnungswidrigkeiten werden Straftaten – ohne Rechtsweg. Nur eine Partei lehnt das vehement ab.

Jana Hermann

10.02.2026 · 🔄 11.02.2026, 07:22 Uhr

👏

415

▶

🖨

🔗



Ziel von EU-Sanktionen: Jacques Baud

GrÈgory YETCHMENIZA/Imago

Der Bundestag hat neue, scharfe Regeln zur Durchsetzung von EU-Sanktionen beschlossen. Bisherige Ordnungswidrigkeiten gelten nun als Straftaten. Allerdings fehlen rechtsstaatliche Elemente wie Anhörung, Verteidigung, Urteil und Berufung. Eine Trennung zwischen Anklagebehörde und Gericht gibt es nicht, Akteneinsicht und Transparenz können nicht eingeklagt werden. Im Ergebnis läuft der Prozess auf eine Umkehr der Unschuldsvermutung hinaus: Der Bestrafte muss beweisen, nicht gegen politische Vorgaben oder Gesetze verstoßen zu haben.



Mit einem Abo weiterlesen

- ✓ Zugriff auf alle B+ Inhalte
- ✓ Statt 9,99 € für 2,00 € je Monat lesen
- ✓ Jederzeit kündbar

2,00 € / Monat

Sie haben bereits ein B-Plus? [Melden Sie sich an](#)
Doch lieber Print? Hier geht's zum [Abo Shop](#)

Lesen Sie mehr zum Thema

- Russland

CDU

SPD

EU-Kommission

Politik

Sanktion
- Bundespolitik

Anzeige | Zum Weiterlesen scrollen

X

- Anzeige -

⬆

Thomas

Philipps